



Der Minister

Ministerium des Innern NRW, 40190 Düsseldorf

Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

VORLAGE
17/5611

A09

30 . August 2021

Seite 1 von 1

Telefon 0211 871-3352

Telefax 0211 871-3355

—
für die Mitglieder
des Innenausschusses

Sitzung des Innenausschusses am 02.09.2021
Antrag der Fraktion AfD vom 04.08.2021 „Straßenkampf mit Machete in Bielefeld“

—
Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Innenausschusses des Landtags über-
sende ich den schriftlichen Bericht zum Tagesordnungspunkt „Straßen-
kampf mit Machete in Bielefeld“.

Mit freundlichen Grüßen


Herbert Reul

Dienstgebäude:
Friedrichstr. 62-80
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:
Fürstenwall 129
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01
Telefax 0211 871-3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahnlinien 732, 736, 835,
836, U71, U72, U73, U83
Haltestelle: Kirchplatz

Schriftlicher Bericht
des Ministers des Innern
für die Sitzung des Innenausschusses am 02.09.2021
zu dem Tagesordnungspunkt
„Straßenkampf mit Machete in Bielefeld“
Antrag der Fraktion der AfD vom 04.08.2021

Das Ministerium der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen hat mir zu dem angefragten Tagesordnungspunkt mit Schreiben vom 24.08.2021 folgende Information zur Verfügung gestellt:

„Die Leitende Oberstaatsanwältin in Bielefeld hat dem Ministerium der Justiz unter dem 10. August 2021 u. a. Folgendes berichtet:

„Die Staatsanwaltschaft Bielefeld ist bisher nicht mit dem Vorgang befasst worden.

Am 08.07.2021 hat es gegen 19:00 Uhr einen entsprechenden Einsatz der Bundespolizei Bielefeld zu dem angefragten Tatkomplex gegeben. Diese hat ihre Vorgänge am 13.07.2021 an die Landespolizei in Bielefeld abgegeben.“

Unter dem 18. August 2021 hat die Leitende Oberstaatsanwältin in Bielefeld dem Ministerium der Justiz unter Hinweis, dass am Vortage nunmehr eine Vorlage an ihre Behörde erfolgt sei, ergänzend berichtet, indes gegen eine Erörterung des Berichtsinhalts in öffentlicher oder nicht-öffentlicher Sitzung derzeit u. a. deshalb Bedenken erhoben, weil hierdurch der Erfolg der Ermittlungen gefährdet werden könnte. Die Generalstaatsanwältin in Hamm hat dem Ministerium der Justiz am 19. August 2021 mitgeteilt, dass sie diese Bedenken teile.“

Vor diesem Hintergrund ist eine weitergehende Berichterstattung zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich.